

Kinderrechte im Parlament – Vorschau Sommersession 2015

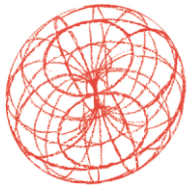
Im **Nationalrat** ist aus kinderrechtlicher Sicht die Motion von Siebenthal „[Ritalin-Abgabe](#)“ relevant. Mit dieser wird der Bundesrat beauftragt, verbindliche Zahlen zu erheben, wie viele Kinder und Jugendliche mit Ritalin, Concerta und ähnlichen Psychopharmaka behandelt werden, um ein gewünschtes Verhalten zu erzielen. Weiter ist die Öffentlichkeit über die schädlichen Nebenwirkungen dieser Präparate in objektiver Weise zu informieren und auch auf andere Möglichkeiten hinzuweisen. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat, der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion. Weiter ist das Postulat der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats von Interesse „[Bericht des Bundesrates über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit](#)“. Dabei wird der Bundesrat ersucht, dem Parlament einen Bericht über sämtliche Massnahmen und Aktionen zu unterbreiten, welche der Bund zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene ergriffen hat. Zudem sind darin die diesbezügliche Zusammenarbeit der Schweiz mit den internationalen Organisationen sowie die Rolle der Schweizer Unternehmen (insbesondere jener mit Bundesbeteiligung) sowie der Schweizer Botschaften und Konsulate aufzuzeigen. Der Bundesrat wird des Weiteren aufgefordert, in diesem Bericht auch seine Ziele in diesem Bereich sowie die künftigen Engagements zur Abschaffung der Kinderarbeit darzulegen. Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Vorstosses.

Im **Ständerat** befassen sich verschiedene Vorstösse mit der Jugend+Sport Förderung des Bundes und gegen die Absicht, in Zukunft die Beiträge dafür zu reduzieren (Motion Föhn „[Jugend+Sport](#)“, Postulat Graber „[Jugend- und Sportförderung](#)“, Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR „[Jugend+Sport. Finanzielle Kontinuität für Veranstalter und Kantone sichern](#)“). Weiter von Interesse ist die Motion der Sozialdemokratischen Fraktion „[Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe](#)“. Diese beauftragt den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den zuständigen Fachorganisationen eine Strategie mit einem Masterplan (inkl. allfälligen Gesetzesänderungen) auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, mit der die Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen reduziert werden kann. Schliesslich beschäftigt sich der Ständerat auch mit zwei Motionen der Rechtskommission des Nationalrats, die vom Nationalrat bereits angenommen wurden: „[Ergänzung von Artikel 260bis StGB \(Art 187 StGB, „Sexuelle Handlungen mit Kindern“\)](#)“ und „[Artikel 198 StGB. Von Antrags- zu Officialdelikt](#)“. Die erste Motion verlangt, dass der Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB, SR 311.0) in den Deliktskatalog von Artikel 260bis StGB, „strafbare Vorbereitungshandlungen“, aufgenommen wird. Die zweite Motion will eine Änderung von Artikel 198 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.40), wonach sexuelle Belästigung von Kindern unter 16 Jahren neu von Amtes wegen verfolgt wird. Ebenfalls findet die erste Beratung der [Neustrukturierung des Asylgesetzes](#) statt.

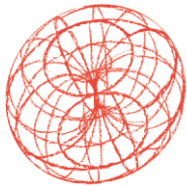
Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Vorschau unten).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

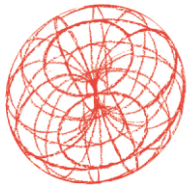
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



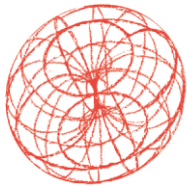
Datum	Nationalrat	Ständerat
01.06.2015	<p><u>15.3004</u> (Motion Sicherheitspolitische Kommission NR): Einrichtung einer Telefonhotline für besorgte Bürger oder Eltern von sich radikalisierenden Jugendlichen</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Telefonhotline für besorgte Bürger oder Eltern von sich radikalisierenden Jugendlichen einzurichten oder diese national zu koordinieren.</p> <p>Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p>	<p><u>13.3616</u> (Motion de Bauman): Lancierung und Umsetzung einer Schneesportoffensive.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament ein Massnahmenpaket zu unterbreiten, das den Anteil der Bevölkerung, der Schneesport treibt, nachhaltig steigert. Insbesondere soll Kindern der Zugang zum Wintersport erleichtert werden. Er soll gleichzeitig aufzeigen, wie der Bund diese Massnahmen durchführen soll und wie die Kantone und die Branchenverbände bei der Umsetzung einbezogen werden sollen.</p> <p>Der Ständerat berät die Motion als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <p><u>15.3369</u> (Motion Föhn): Jugend und Sport.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt Vorkehrungen zu treffen, dass der J+S-Subventionskredit (2015: 75,5 Millionen Franken) im Voranschlag 2016 um mindestens 15 Millionen Franken aufgestockt wird. Damit sollen die per 1. August 2015 angekündigten Beitragskürzungen nicht vollzogen bzw. rückgängig gemacht werden.</p> <p>Der Ständerat berät die Motion als Erstrat.</p> <p><u>15.3151</u> (Postulat Graber): Jugend- und Sportbeiträge.</p> <p>Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen, dass das Bundesamt für Sport die am 10. März 2015 angekündigten Beitragskürzungen per 1. August 2015 rückgängig macht. Ferner sind allfällige Kürzungen ab dem Kalenderjahr 2016 über mindestens zwei Jahre zu strecken, falls sich diese effektiv als gerechtfertigt und erforderlich erweisen. Das Bundesamt soll im Rahmen eines kurzen Berichtes aufzeigen, weshalb Kürzungen angezeigt sind und deren Auswirkungen auf das erfolgreiche und etablierte J+S-Programm darstellen. Dieser Bericht ist den Finanzkommissionen für die Beratung des vorgesehenen Nachtragkredites bereits vorgängig zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Der Ständerat berät die Motion als Erstrat.</p>



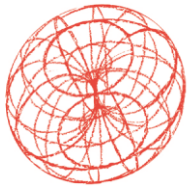
Datum	Nationalrat	Ständerat
		<p><u>14.092</u> (Geschäft des Bundesrats): Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule. Volksinitiative. Die Volksinitiative richtet sich gegen einen obligatorischen Sexualkundeunterricht in Kindergarten und Primarschule. Sie würde einen obligatorischen Unterricht zur Vermittlung von Wissen über die menschliche Fortpflanzung und Entwicklung im Rahmen des Biologieunterrichts erst ab dem zwölften Altersjahr zulassen. Der Bundesrat empfiehlt aus übergeordnetem Interesse am Kindeswohl, die Initiative abzulehnen. Für die geforderte neue Verfassungsbestimmung zum Sexualkundeunterricht und dem damit verbundenen Eingriff in die kantonale Schulhoheit sieht er keinen Anlass. Der Ständerat befasst sich in dieser Session zum ersten Mal mit der Vorlage.</p>
02.06.2015	<p><u>13.3494</u> (Motion (Hodgers) Gilli): Kostenlose Verhütungsmittel für Frauen unter zwanzig Jahren. Der Bundesrat wird beauftragt, Frauen unter zwanzig Jahren gratis und anonym Zugang zu Verhütungsmitteln zu gewähren (insbesondere der Antibabypille). Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat. Der Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion.</p> <p><u>13.3536</u> (Motion von Siebenthal): Ritalin-Abgabe. Der Bundesrat wird beauftragt, verbindliche Zahlen zu erheben, wie viele Kinder und Jugendliche mit Ritalin, Concerta und ähnlichen Psychopharmaka behandelt werden, um ein gewünschtes Verhalten zu erzielen. Weiter ist die Öffentlichkeit über die schädlichen Nebenwirkungen dieser Präparate in objektiver Weise zu informieren und auch auf andere Möglichkeiten hinzuweisen. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat, der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p>	-



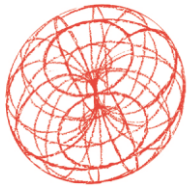
Datum	Nationalrat	Ständerat
03.06.2015	<p>12.020 (Geschäft des Bundesrates): Alkoholgesetz. Totalrevision</p> <p>Das Alkoholgesetz stammt aus dem Jahr 1932 und wird trotz mehrerer Teilrevisionen den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr gerecht. Es soll durch zwei Gesetze ersetzt werden: Mit dem Spirituosensteuergesetz und dem Alkoholhandelsgesetz. Letzteres umfasst die für Detailhandel und Ausschank alkoholischer Getränke geltenden Handels- und Werbebeschränkungen zur Minderung des problematischen Alkoholkonsums und seiner Folgen sowie zum Schutz der Jugend. Unter anderem betreffen Bestimmungen zur Werbung, zur Alkoholabgabe, zu Alkoholtestkäufen und zum Nachtregime im Detailhandel Kinder und Jugendliche. Der Nationalrat berät in dieser Session die Differenzen zum Ständerat.</p>	<p>12.046 (Geschäft des Bundesrats): StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts.</p> <p>Der am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) hat Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten durch Geldstrafen und gemeinnützige Arbeit ersetzt. Die Revision des AT StGB sieht nun unter anderem die Abschaffung dieser bedingten Geldstrafen vor und will das Electronic Monitoring definitiv als Vollzugsform einführen. Der Nationalrat berät den Antrag der Einigungskonferenz.</p>
08.06.2015	<p>08.432 (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</p> <p>Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat berät die Differenzen zum Ständerat.</p> <p>12.046 (Geschäft des Bundesrats): StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts.</p> <p>Der am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) hat Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten durch Geldstrafen und gemeinnützige Arbeit ersetzt. Die Revision des AT StGB sieht nun unter anderem die Abschaffung dieser bedingten Geldstrafen vor und will das Electronic Monitoring definitiv als Vollzugsform einführen. Der Nationalrat berät den Antrag der Einigungskonferenz.</p>	<p>12.020 (Geschäft des Bundesrates): Alkoholgesetz. Totalrevision</p> <p>Das Alkoholgesetz stammt aus dem Jahr 1932 und wird trotz mehrerer Teilrevisionen den heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr gerecht. Es soll durch zwei Gesetze ersetzt werden: Mit dem Spirituosensteuergesetz und dem Alkoholhandelsgesetz. Letzteres umfasst die für Detailhandel und Ausschank alkoholischer Getränke geltenden Handels- und Werbebeschränkungen zur Minderung des problematischen Alkoholkonsums und seiner Folgen sowie zum Schutz der Jugend. Unter anderem betreffen Bestimmungen zur Werbung, zur Alkoholabgabe, zu Alkoholtestkäufen und zum Nachtregime im Detailhandel Kinder und Jugendliche. Der Ständerat berät in dieser Session allfällige Differenzen zum Nationalrat.</p>



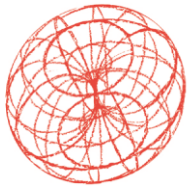
Datum	Nationalrat	Ständerat
09.06.2015	<p>15.3010 (Postulat Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR): Bericht des Bundesrates über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit. Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament einen Bericht über sämtliche Massnahmen und Aktionen zu unterbreiten, welche der Bund zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene ergriffen hat. Zudem sind darin die diesbezügliche Zusammenarbeit der Schweiz mit den internationalen Organisationen sowie die Rolle der Schweizer Unternehmen (insbesondere jener mit Bundesbeteiligung) sowie der Schweizer Botschaften und Konsulate aufzuzeigen. Der Bundesrat wird des Weiteren aufgefordert, in diesem Bericht auch seine Ziele in diesem Bereich sowie die künftigen Engagements zur Abschaffung der Kinderarbeit darzulegen. Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Vorstosses.</p> <p>13.3305 (Motion Maire): Unterstützung der Berufsbildung im Cleantech-Bereich. Der Bundesrat wird beauftragt, die Anstrengungen der Organisationen der Arbeitswelt und der Schulen zur Entwicklung spezifischer Berufsbildungen im Cleantech-Bereich zu unterstützen; dies im Rahmen der ordentlichen Finanzierung und in Ergänzung zum Aktionsplan für die Energieforschung. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p>	<p>14.3890 (Motion Sozialdemokratische Fraktion): Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe. Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den zuständigen Fachorganisationen eine Strategie mit einem Masterplan (inkl. allfälligen Gesetzesänderungen) auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, mit der die Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen reduziert werden kann. Der Ständerat berät die Motion zum ersten Mal, der Nationalrat hat die Vorlage bereits überwiesen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage.</p> <p>14.4197 (Motion Lohr): Ein Schulobstprogramm für die Schweiz. Der Bundesrat wird beauftragt, erstens in der Schweiz in Abstimmung mit den Kantonen ein Schulobstprogramm einzuführen und zweitens soll er sich dabei auf die Erfahrungen der seit fünf Jahren in den meisten EU-Ländern laufenden Schulobstprogramme abstützen. Der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen und auch der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage.</p> <p>15.3162 (Interpellation Maury Pasquier): HPV-Impfung von Jungen und jungen Männern. Die Interpellantin stellt verschiedene Fragen zur Empfehlung des BAG und der eidgenössischen Kommission für Impffragen nun auch für Knaben und junge Männer die HPV-Impfung vorzusehen.</p> <p>15.3154 (Interpellation Maury Pasquier): Unterbrechung der Berufstätigkeit vor dem Geburtstermin. Die Interpellantin stellt Fragen zur beruflichen Situation von schwangeren Frauen vor dem Geburtstermin, insbesondere, wie viele Frauen vor dem Geburtstermin die berufliche Tätigkeit reduzieren oder beenden müssen und welche Massnahmen andere europäische Länder diesbezüglich getroffen haben.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
10.06.2015	-	<u>15.3373</u> (Interpellation Recordon): Anpassung des Status eingebürgerter Menschen mit Schweizer Mutter. Der Interpellant möchte wissen, welche Nachteile sich aus dem Erwerb des Schweizer Bürgerrechts durch Einbürgerung und nicht durch Geburt ergeben. Und stellt die Frage, ob nicht jede Person mit einer Schweizer Mutter als gebürtige Schweizerin oder gebürtiger Schweizer anerkannt werden sollte.
11.06.2015	<u>13.085</u> (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament die Annahme der Initiative. Der Nationalrat berät den Vorschlag der Einigungskonferenz.	<u>15.3384</u> (Motion Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR): Jugend+Sport. Finanzielle Kontinuität für Veranstalter und Kantone sichern. Die im Sportförderungsgesetz angelegte Stärkung der Jugend- und Sportaktivitäten sowie die mit dem sinnvollen Ziel der optimalen Ausnutzung der Jahreskredite eingeführten neuen Finanzierungsmechanismen haben für die veranstaltenden Verbände sowie für die Kantone zu einer erheblichen Planungsunsicherheit bei der Finanzierung der Jugend- und Sportveranstaltungen sowie aufgrund der reduzierten Beiträge zu einer Verringerung der Möglichkeiten geführt, entsprechende Veranstaltungen durchzuführen. Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, eine Erhöhung der jährlichen Mittel für "Jugend und Sport" vorzusehen mit dem Ziel, auf der Grundlage der optimierten heutigen Tarife, die zurzeit bis zum 31. Juli 2015 gültig sind, die finanzielle Kontinuität für Veranstalter und Kantone zu sichern. Der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.06.2015	-	<p><u>14.063 (Geschäft des Bundesrats): Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs.</u> Der Bundesrat will die Asylverfahren rascher und fair abwickeln und dazu den Asylbereich neu strukturieren. Nachdem bereits die Kantone, Städte und Gemeinden an zwei nationalen Asylkonferenzen die Neustrukturierung gutgeheissen haben, hat der Bundesrat am Mittwoch die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedet. Demnach soll die Mehrheit der Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden und vollzogen werden. Um die rechtliche Qualität der Verfahren weiterhin sicherzustellen, wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden verstärkt. Das Asylgesetz betrifft insbesondere auch Regelungen für Minderjährige Asylsuchende. Der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>14.3665 (Motion RK-NR): Ergänzung von Artikel 260bis StGB (Art 187 StGB, „Sexuelle Handlungen mit Kindern“).</u> Die Motion verlangt, dass der Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB, SR 311.0) in den Deliktskatalog von Artikel 260bis StGB, „strafbare Vorbereitungshandlungen“, aufgenommen wird. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat hat die angenommen.</p> <p><u>14.3666 (Motion RK-NR): Artikel 198 StGB. Von Antrags- zu Offizialdelikt.</u> Der strafrechtliche Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch wurde im Rahmen der Umsetzung der Lanzarote-Konvention (SR 0.311.40) umfassend geprüft. Die entsprechenden Gesetzesänderungen sind am 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Die Motion verlangt eine Änderung von Artikel 198 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.40), wonach sexuelle Belästigung von Kindern unter 16 Jahren neu von Amtes wegen verfolgt wird. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat hat sie an den Ständerat überwiesen.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
16.06.2015	<p><u>13.4271</u> (Motion Lohr): Mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu Gunsten des Breitensports.</p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Sinne der Breitensportförderung Pläne nicht nur für ein, sondern für mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu erarbeiten. Damit soll nicht nur der Leistungssport profitieren, sondern auch Schulen sollen kostengünstige Schneesportlager durchführen können.</p> <p>Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p>	<p><u>13.085</u> (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe.</p> <p>Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament die Annahme der Initiative.</p> <p>Der Ständerat berät den Vorschlag der Einigungskonferenz.</p>
19.06.2015	<p><u>12.409</u> (Parlamentarische Initiative Lohr): Entschädigung von Hilfeleistungen von Angehörigen im Rahmen des Assistenzbeitrages.</p> <p>Der Vorstoss verlangt, dass das IVG derart anzupassen ist, dass Assistenzleistungen von Angehörigen im Rahmen des Assistenzbeitrags zu maximal 80 Prozent entschädigt werden.</p> <p>Der Nationalrat berät die Sistierung der Vorlage.</p>	-